

<https://www.wiwo.de/my/finanzen/vorsorge/altersvorsorge-bund-stellt-entschaedigung-fuer-betriebsrenten-in-aussicht/22701586.html>

ALTERSVORSORGE

Bund stellt Entschädigung für Betriebsrenten in Aussicht

PREMIUM

von Peter Thelen
18. Juni 2018 | Quelle: Handelsblatt Online

Altersvorsorge

Bund stellt Entschädigung für Betriebsrenten in Aussicht

Premium

von [Peter Thelen](#)

18. Juni 2018 | Quelle: [Handelsblatt Online](#)



Millionen Arbeitnehmer wurden nachträglich um einen Teil der Erträge ihrer eingezahlten Beiträge gebracht.

Bild: [dpa](#)

Millionen Menschen wurden 2003 um Teile ihrer Betriebsrenten gebracht – nun sollen sie entschädigt werden. **Das könnte bis zu 40 Milliarden Euro kosten.**


Vielen Sozialdemokraten gilt diese Entscheidung heute als Sündenfall der Sozialpolitik: Seit 2003 werden Betriebsrenten doppelt mit Abgaben belastet. Zuvor wurde auf Betriebsrenten nur der Arbeitnehmeranteil der Krankenversicherung fällig. Nun mussten die Rentner auch den Arbeitgeberanteil abführen. Die Neuregelung trat rückwirkend in Kraft.

Millionen Arbeitnehmer wurden nachträglich um einen Teil der Erträge ihrer eingezahlten Beiträge gebracht. „Ich schäme mich heute noch dafür, dass wir das getan haben“, erklärte jüngst im Rückblick der damalige Leiter der Grundsatzabteilung im Arbeitsministerium Ulrich Tilly. Inzwischen ist die paritätische Finanzierung wiederhergestellt.

Nun gibt es Anzeichen, dass der bei den Versicherten entstandene Schaden zumindest teilweise wiedergutmacht werden kann. Denn selbst in der Union mehren sich Stimmen, die Änderungen fordern: Der CDU-Abgeordnete Maik Beermann hat gemeinsam mit 42 weiteren Abgeordneten einen entsprechenden Brief an Fraktionschef Volker Kauder geschrieben.

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/altersversorgung-krankenkassen-machen-weg-fuer-entlastung-der-betriebsrentner-frei/23139786.html?ticket=ST-11002318-ySblwZbKifj3vj1rv5g-ap3>

Montag, 8. Oktober 2018

Wirtschaftsclub ePaper Archiv Veranstaltungen Jobs 

LogIn **Abo**

Handelsblatt

ANZEIGE


Commerzbank

Entdecken Sie Ihr Geld neu.

HOME POLITIK UNTERNEHMEN FINANZEN TECHNIK AUTO KARRIERE ARTS & STYLE MEINUNG VIDEO SERVICE

Deutschland Konjunktur International Konjunkturdaten Ökonomische Bildung Weltgeschichten

Handelsblatt > Politik > Deutschland > Krankenkassen machen Weg für Entlastung der Betriebsrentner frei

Suchbegriff, WKN, ISIN 

ALTERSVERSORGUNG

Krankenkassen machen Weg für Entlastung der Betriebsrentner frei

Die Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten sollen gekürzt werden – vorausgesetzt, es wird ein finanzieller Ausgleich für die Krankenkassen gefunden.



Peter Thelen

02.10.2018 - 19:08 Uhr • [Jetzt teilen](#)



Altersversorgung

Krankenkassen machen Weg für Entlastung der Betriebsrentner frei

Die Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten sollen gekürzt werden – vorausgesetzt, es wird ein finanzieller Ausgleich für die Krankenkassen gefunden.



[Peter Thelen](#)

02.10.2018 - 19:08 Uhr



Rentnerpaar Betriebsrentner können auf Entlastungen hoffen. [\(Foto: dpa\)](#)

Berlin Seit 2004 sorgt sie für Unmut: die Verpflichtung für gesetzlich Krankenversicherte, **auf Versorgungsbezüge wie eine betriebliche Altersversorgung** neben dem Arbeitnehmerbeitrag auch den Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung zu zahlen. Eine Entlastung der Betriebsrentner scheiterte bislang am Widerstand der Krankenkassen. Deren Spitzenverband lehnte eine Neuverteilung der Beitragslast ab mit dem Argument, dass dadurch Einnahmefälle in Milliardenhöhe entstehen würden.

Auch die Politik stärkte den Kassen lange Zeit den Rücken: Noch im Frühjahr warb Bundesgesundheitsminister [Jens Spahn](#) in der [Unionsfraktion](#) des Bundestags, das Thema mit Rücksicht mit Blick auf die Beitragsausfälle für die Krankenkassen ruhen zu lassen.

.....

[Zugriff ab hier geblockt]

DOPPELTE BEITRAGSPFLICHT

Wie ein Antrag der Linken die GroKo-Posse um Betriebsrenten enthüllt

Der Bundestag debattiert über die doppelte Beitragspflicht für Betriebsrentner. Seit Monaten verschleppt der zuständige Gesundheitsausschuss eine Entscheidung.



Peter Thelen

11.10.2018 - 07:20 Uhr • [6 x geteilt](#)



Bundestag

Die seit 2004 geltende Doppelbelastung der Betriebsrenten mit Krankenkassenbeiträge beschäftigt heute den Bundestag. (Foto: dpa)

Berlin Ein Spektakel zur besten Sendezeit könnte die Plenardebatte im Deutschen Bundestag am heutigen Donnerstag bieten. Der Tagesordnungspunkt sechs, angesetzt für 12.15 Uhr, scheint auf den ersten Blick unspektakulär: „Krankenversicherungsbeiträge für Betriebsrenten“ lautet er. Dabei bietet er den Stoff für politisches Kabarett.

Die Geschichte dieses Antrags beginnt bereits im Jahre 2003: Die Arbeitslosigkeit war auf Rekordniveau und das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung näherte sich der 10-Milliarden-Euro-Grenze. Die von der SPD geführte Bundesregierung entschloss sich in einer Nacht-und-Nebel-Aktion den Krankenkassenbeitrag auf Betriebsrenten zu verdoppeln.

.....

[Zugriff ab hier geblockt]

Betriebsrenten bleiben in Zukunft unter Umständen beitragsfrei

Gesundheitsminister Spahn setzt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts um. Doch Beitragsfreiheit gibt es nur bei besonderen Voraussetzungen.



[Peter Thelen](#)

17.10.2018 - 10:21 Uhr [Kommentieren](#)

Berlin Gute Nachrichten für Arbeitnehmer, die ihre betriebliche [Altersvorsorge](#) zu einem großen Teil durch Beiträge allein von ihrem Einkommen und ohne den Arbeitgeber aufgebracht haben: Sie werden ab 2019 auf den allein finanzierten Teil ihrer Versorgungsbezüge gar keine Krankenkassen- und Pflegebeiträge mehr zahlen müssen.

Der zuständige Gesundheitsausschuss will dafür an diesem Mittwoch eine entsprechende Änderung des Entwurfs des Versichertenentlastungsgesetzes auf den Weg bringen, bevor am Donnerstag der Bundestag das gesamte Gesetz verabschiedet.

Mit der Neuregelung soll ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden. Das Gericht hatte im Juni entschieden (1BvR 100/15; 1 BvR 249/15 vom 27.6.2018), dass es nicht mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes vereinbar ist, „wenn für die Berechnung der Beiträge von Renten zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung solche Zahlungen berücksichtigt werden, die auf einem nach Ende des Arbeitsverhältnisses geänderten oder ab diesem Zeitpunkt neu abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrag zwischen einer Pensionskasse beruhen [...]“

Dies gelte allerdings nur, wenn der frühere Arbeitgeber an dem Versicherungsvertrag nicht mehr beteiligt ist und der Arbeitnehmer alleine die Beiträge bezahlt. Das [Bundesverfassungsgericht](#) hat damit die bisherige Rechtsprechung zu dem Thema komplett über den Haufen geworfen.

Themen des Artikels

[Gesundheits- und Pflegepolitik](#)

So vertrat auch das Bundessozialgericht die Auffassung, dass Leistungen einer Einrichtung der betrieblichen Altersvorsorge wie einer Pensionskasse stets der betrieblichen Altersvorsorge zuzurechnen und daher beitragspflichtig seien.

[Altersvorsorge](#) [Krankenkassen machen Weg für Entlastung der Betriebsrentner frei](#)

Bei der Entscheidung ging es um zwei Arbeitnehmer, die über ihren Arbeitgeber bei einer Pensionskasse, die als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit geführt wurde, versichert waren. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Unternehmen setzten sie die Mitgliedschaft in der Pensionskasse freiwillig ohne den Arbeitgeber fort, und zwar über 18 beziehungsweise 22 Jahre. Die von der Pensionskasse gezahlten Renten beruhten daher überwiegend auf Einzahlungen der beiden. Trotzdem führte die Pensionskasse für sie volle Pflege- und Krankenkassenbeiträge ab.

Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts sah darin nicht nur eine unzulässige Ungleichbehandlung gegenüber privaten Lebensversicherungen. Er hob auch besonders hervor, dass die doppelte Beitragspflicht dazu führen könne, dass ein Arbeitnehmer auf die private Fortführung einer betrieblichen Altersversorgung verzichtet und damit „die vom Gesetzgeber gewollte Eigenvorsorge nicht eintritt.“

Nach der nun geplanten gesetzlichen Neuregelung muss in Zukunft in vergleichbaren Fällen von der Zahlstelle der Betriebsrente „vorzugsweise prämienermäßig bzw. beitragsproportional“ ermittelt werden, welcher Anteil des Versorgungsbezugs von der Beitragspflicht ausgenommen ist.

SPD strebt grundsätzliche Neuregelung

Die SPD strebt ungeachtet der jetzt getroffenen Regelung eine grundsätzliche Neuregelung der Beitragspflicht auf Betriebsrenten zur gesetzlichen Krankenversicherung an. Ziel ist es, die Attraktivität der betrieblichen Altersversorgung insgesamt zu stärken, indem auf Betriebsrenten nur noch der halbe Beitragssatz fällig wird. Seit 2004 müssen Betriebsrentner neben dem Arbeitnehmer- auch den Arbeitgeberbeitrag zahlen.

Außerdem soll es einen Freibetrag geben, durch den kleinere Betriebsrenten beitragsfrei bleiben würden. Ähnliche Überlegungen gibt es auch in der Union, wo entsprechende Anträge für den CDU-Parteitag im Dezember eingebracht wurden.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn steht diesen Bestrebungen jedoch sehr kritisch gegenüber. Dass er nun dafür gesorgt hat, dass die Beitragspflicht für die vom Bundesverfassungsgericht monierten Sonderfälle auch gesetzlich gestrichen wird, ist eher ein Indiz dafür, dass er weitergehende Regelungen vermeiden will.

<https://app.handelsblatt.com/politik/deutschland/altersvorsorge-koalitionsfraktionen-machen-druck-fuer-betriebsrenten-reform/23922988.html?ticket=ST-2088710-Eop4ta9E4z0Ojpp1CInp-ap4>

Handelsblatt

29.01.2019

13:00

ALTERSVORSORGE

Koalitionsfraktionen machen Druck für Betriebsrenten-Reform

Aus den eigenen Reihen steigen die Erwartungen an die Regierung, die Betriebsrente zu verbessern. Die Fraktionen setzen SPD, CDU und CSU eine Frist.



Bild: [dpa](#)

Carsten Linnemann Wenn die Regierung im ersten Quartal keine Fortschritte vorweise, würden die Fraktionen eine Initiative starten, so der Unionsfraktionsvize.

Berlin In die Debatte um [Verbesserungen bei der Betriebsrente](#) kommt Bewegung. „Wenn im ersten Quartal nichts passiert, werden wir in den Koalitionsfraktionen eine Initiative starten, um die Regierung zu einem Gesetzentwurf aufzufordern“, sagte Unionsfraktionsvize Carsten Linnemann (CDU) am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Linnemann sprach dabei auch für Abgeordnete von der SPD und der CSU.

Bereits seit längerem gilt es als Problem, dass auf Betriebsrenten der volle Krankenkassenbeitrag fällig wird – nachdem auch schon beim Ansparen auf die entsprechenden Einkommensbestandteile Beiträge gezahlt wurden. Linnemann forderte: „Wir müssen die Beitragslast auf Betriebsrenten halbieren, um Vertrauen zurückzugewinnen.“ Die Regierung müsse endlich zu Potte kommen.

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte im November Bereitschaft zu Änderungen signalisiert, aber für Augenmaß bei finanziellen Auswirkungen geworben. Je nach Modell könnte es demnach zwischen 600 Millionen Euro und 2,5 Milliarden Euro jährlich kosten, wenn die sogenannte Doppelverbeitragung abgemildert werden soll.

Von [dpa](#)

Doppelverbeitragung Spahn will Betriebsrentner bei Krankenkassenbeiträgen entlasten

Die doppelte Beitragspflicht bei Betriebsrenten sorgt für Unmut. Gesundheitsminister Jens Spahn hat nach Handelsblatt-Informationen nun einen Reformvorschlag gemacht.



[Peter Thelen](#)



[Gregor Waschinski](#)

29.01.2019 Update: 29.01.2019 - 15:46 Uhr [Kommentieren](#)

Jens Spahn

Der Bundesgesundheitsminister will 500 Millionen Euro aus der Rücklage des Gesundheitsfonds nehmen.

(Foto: AP)

[Berlin](#)[In den Streit um die Doppelverbeitragung von Betriebsrenten kommt Bewegung:](#) Wie das Handelsblatt aus Koalitionskreisen erfuhr, will Bundesgesundheitsminister [Jens Spahn](#) (CDU) die Krankenkassenbeiträge auf Bezüge aus der betrieblichen [Altersvorsorge](#) halbieren. Einen entsprechenden Reformvorschlag habe Spahn zur Abstimmung an das Kanzleramt und die betroffenen Ressorts verschickt.

Die entstehenden Einnahmeausfälle für die Krankenkassen in Höhe von drei Milliarden Euro jährlich sollen überwiegend durch Steuergeld ausgeglichen werden, wie es in der Koalition hieß. Nur 500 Millionen Euro sollen demnach aus der Rücklage des Gesundheitsfonds genommen werden, der das Geld der Krankenkassen verwaltet.

Betriebsrentner müssen seit 2004 neben dem Arbeitnehmeranteil auch den Arbeitgeberanteil des Krankenkassenbeitrags zahlen. Mit der Regelung sollte der damals finanziell angeschlagenen gesetzlichen Krankenversicherung geholfen werden. Inzwischen haben sich bei den Kassen aber hohe Rücklagen angehäuft.

Seit Jahren landen in den Berliner Abgeordnetenbüros Briefe von empörten Ruheständlern, die ihre Verträge vor 2004 abgeschlossen haben und sich von der Politik getäuscht sehen. Sowohl die SPD als auch die Union haben sich mittlerweile dafür ausgesprochen, die Doppelverbeitragung zu beenden.

Passiert ist bisher allerdings nichts. Die Koalitionspartner sind sich uneinig, ob die Einnahmeausfälle von den Krankenkassen getragen oder aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden sollen.

Das SPD-geführte Bundesfinanzministerium meldete dann auch umgehend Vorbehalte gegen Spahns Plan an, die Entlastung von Betriebsrentnern maßgeblich mit Steuergeld zu finanzieren. Auch Finanzminister Olaf Scholz wolle die Doppelverbeitragung von Betriebsrenten abschaffen, sagte ein Ministeriumssprecher. „Insofern begrüßt er den Vorstoß seines Kabinettskollegen Jens Spahn in dieser Angelegenheit – allerdings ist der Finanzierungsvorschlag des Bundesgesundheitsministers nicht überzeugend.“

Im Koalitionsvertrag sei dieses Projekt nicht als prioritär hinterlegt und im Bundeshaushalt seien keine zusätzlichen Mittel dafür vorhanden, fügte der Sprecher hinzu. „Die Finanzlage der Krankenkassen sieht hingegen deutlich besser aus, weshalb Jens Spahn auf der Suche nach der Finanzierung dort fündig werden könnte.“

Auch der SPD-Rentenexperte Ralf Kapschack kritisierte die von Spahn geplante Finanzierungsregelung. „Hier macht es sich der Minister zu einfach, wenn er dafür einseitig nur den Steuerzahler in Anspruch nimmt“, sagte er dem Handelsblatt. Die im vergangenen Jahr beschlossenen Leistungsverbesserungen bei der Rente würden den Krankenkassen Zusatzeinnahmen von rund einer Milliarde Euro bescheren.

Grundsätzlich begrüßte Kapschack aber den Vorstoß des Gesundheitsministers: „Es ist gut, dass nun ein Entwurf auf dem Tisch liegt. Die Betroffenen haben darauf lange genug gewartet.“

Unionsfraktionsvize Carsten Linnemann (CDU) mahnte dringenden Handlungsbedarf bei der Betriebsrente an. „Wenn wir hier im ersten Quartal dieses Jahres nicht zu Ergebnissen kommen, wird es eine Gesetzesinitiative der Koalitionsfraktionen zu diesem Thema geben“, sagte Linnemann dem Handelsblatt.

Ziel müsse es sein, die Beitragsbelastung bei Betriebsrenten zu halbieren. „Dabei geht es uns darum, die betriebliche Altersversorgung als Ganzes zu stärken.“ Deren Renditen seien nicht nur wegen der Niedrigzinsen massiv unter Druck geraten.

Diese Forderung unterstützte auch die CSU-Gesundheitspolitikerin Emmi Zeulner. „Ich bin zu diesem Thema mit den Kollegen Carsten Linnemann und Ralf Kapschack im Austausch“, sagte sie dem Handelsblatt. „Ich bin überzeugt, dass wir dafür eine Mehrheit der

Abgeordneten der Koalitionsfraktion bekommen werden, da viele Kollegen dieses Anliegen unterstützen.“

Eine schnelle Lösung sei nötig, um die Ungerechtigkeiten bei der Betriebsrente zu beenden, fügte Zeulner hinzu. „Rückwirkend werden wir das nicht ändern können. Aber für die Zukunft müssen Betriebsrentner zügig entlastet werden.“

Der Dissens der Koalitionäre in der zentrale Frage der Finanzierung steht einer schnellen Entlastung aber im Weg. „SPD und Union liefern sich bei diesem Thema seit Monaten ein unwürdiges Schauspiel“, sagte der **Vorstandschef der Krankenkasse Viactiv, Reinhard Brücker, dem Handelsblatt.** „Die hohe Beitragsbelastung der Betriebsrentner hätte man längst anpassen müssen.“

Brücker forderte, die bei den Kassen entstehenden Einnahmeausfälle vollständig gegenzufinanzieren. Dies müsse aber nicht zwangsläufig über einen höheren Steuerzuschuss geschehen, es gebe andere Stellschrauben. So zahle die Bundesagentur für Arbeit (BA) seit Jahren zu niedrige Krankenkassenbeiträge für Arbeitslose.

„Bis 1994 orientierte sich die Höhe der Beiträge für Empfänger von Arbeitslosengeld I sachgerecht am zuletzt erzielten Arbeitsentgelt. Seither wurde die Bemessungsrundlage der Beiträge schrittweise gesenkt“, sagt Brücker. Noch gravierender sei die Situation bei Hartz-IV-Empfängern. Hier zahle der Bund nur eine monatliche Pauschale von rund 100 Euro pro Kopf. Dies decke kaum mehr als ein Drittel der tatsächlich anfallenden Kosten.

„Würde man auch diese Fehlentscheidungen der Vergangenheit korrigieren, könnten die Krankenkassen die Beitragsausfälle bei den Betriebsrenten leicht verkraften“, so Brücker. Genügend Geld bei der Bundesagentur für Arbeit sei vorhanden. „Gemessen am Haushaltsvolumen ist der Überschuss der BA aktuell sechs bis sieben Mal so hoch, wie die Rücklagen der Krankenkassen.“

Im SPD-geführten Arbeitsministerium ist man dem Vernehmen nach zwar erfreut, dass mit Spahns Vorschlag nun endlich Bewegung in die Sache kommt. Kritisch wird aber auch hier gesehen, dass Spahn das Entlastungsversprechen an eine Erhöhung des Steuerzuschusses an die Krankenkassen um 2,5 Milliarden Euro knüpft.

Die Uneinigkeit in der Koalition beim Thema Doppelverbeitragung gewinnt zusätzliche politische Brisanz dadurch, [dass die Linke am Mittwoch erneut ihren Antrag für eine Entlastung der Betriebsrentner beim Krankenkassenbeitrag auf die Tagesordnung des Gesundheitsausschusses hat setzen lassen.](#)

Die Behandlung dieses Antrags wurde in den vergangenen Monaten immer wieder auf Bitten der Koalitionsfraktionen verschoben. Bei SPD und Union hieß es am Dienstag übereinstimmend, dass es dieses Mal wieder so laufen werde.

Die Alternative wäre nämlich eine Ablehnung des Antrags mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen. Aber diese Blöße wollen sich Union und SPD seit Monaten nicht geben.

BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG

Betriebsrentner sollen nur noch ein Mal Sozialbeiträge zahlen

Bayern und die SPD machen Druck bezüglich Entlastung der Betriebsrentner beim Krankenkassenbeitrag – auch gegen den Widerstand der Kanzlerin.



14.02.2019 - 19:14 Uhr • [15 x geteilt](#)



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD)

Kein Geld für die Entlastung der Betriebsrentner beim Krankenkassenbeitrag.

(Foto: imago/photothek)

BerlinBayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) setzt sich [trotz des Widerstands von Bundeskanzlerin Angela Merkel \(CDU\)](#) weiter für eine Entlastung von Betriebsrentnern bei den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung ein. Huml sagte auf Anfrage des Handelsblatts: „Es ist wichtig, den Lebensstandard der Menschen im Alter zu halten und sie vor Altersarmut zu schützen.“

.....

[Zugriff ab hier geblockt]